

Antrag auf Erteilung einer

- Erlaubnis für den gewerblichen Güterkraftverkehr (§ 3 Abs. 1 GüKG)
- Gemeinschaftslizenz (Art. 4 VO (EG) Nr. 1072/2009)

1. Antragstellendes Unternehmen

Name bzw. Firma und Rechtsform	
Registergericht (falls im Handelsregister eingetragen)	Register-Nr.

1.1 Ort der Niederlassung

Straße und Hausnummer		PLZ und Ort	
Telefon	Telefax	E-Mail	

1.2 Ort des Hauptsitzes im handelsrechtlichen Sinne (soweit abweichend von Nr. 1.1)

Straße und Hausnummer		PLZ und Ort	
Telefon	Telefax	E-Mail	

1.3. Weitere Niederlassungen

Sind für das Unternehmen weitere Niederlassungen errichtet?
<input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja (bitte geben Sie alle Niederlassungen in einer Niederlassungsliste an)

2. Antragstellender Unternehmer und Verkehrsleiter

2.1 Angaben über den/die Inhaber, gesetzlichen Vertreter einer Gesellschaft (geschäftsführender Gesellschafter, Geschäftsführer)

A.

Vorname		Nachname, ggf. abweichender Geburtsname	
Doktorgrad		Geschlecht (ankreuzen) <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich	
Geburtstag		Geburtsort	
Geburtsstaat		Staatsangehörigkeit	
Anschrift		Stellung im Unternehmen	
Nr. der Bescheinigung der fachlichen Eignung (soweit gleichzeitig Verkehrsleiter)			

B.

Vorname	Nachname, ggf. abweichender Geburtsname	
Doktorgrad	Geschlecht (ankreuzen) <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich	
Geburtstag	Geburtsort	
Geburtsstaat	Staatsangehörigkeit	
Anschrift		Stellung im Unternehmen
Nr. der Bescheinigung der fachlichen Eignung (soweit gleichzeitig Verkehrsleiter)		

Bitte bei einer Gesellschaft die weiteren vertretungsberechtigten Organe wie die Gesellschafter und die Geschäftsführer, bei einer Genossenschaft den Vorstand, bei einer Erbengemeinschaft die Miterben, bei einem Minderjährigen die gesetzlichen Vertreter angeben, ggf. in einer ergänzenden Anlage.

2.2 Angaben über den Verkehrsleiter

(Diese Angaben sind nur dann zu machen, wenn die Person nicht bereits als Unternehmer unter Nr. 2.1 genannt ist)

Vorname	Nachname, ggf. abweichender Geburtsname	
Doktorgrad	Geschlecht (ankreuzen) <input type="radio"/> männlich <input type="radio"/> weiblich	
Geburtstag	Geburtsort	
Geburtsstaat	Staatsangehörigkeit	
Anschrift		Stellung im Unternehmen
Nr. der Bescheinigung der fachlichen Eignung		

2.3 Tätigkeit in weiteren Unternehmen

Tätigkeit als Verkehrsleiter in weiteren Unternehmen (bitte ankreuzen) <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ja (bitte Unternehmen angeben)

3. Anzahl der Fahrzeuge

Anzahl der im gewerblichen Güterkraftverkehr eingesetzten Kraftfahrzeuge, deren zulässige Gesamtmasse einschließlich der Gesamtmasse der Anhänger 3,5 t übersteigt:

3.1 Fahrzeugliste

Bitte führen Sie alle von Ihnen eingesetzten Fahrzeuge auf. Reicht der vorgesehene Platz nicht aus, bitte alle weiteren Angaben auf Beiblättern machen und als Anlagen kennzeichnen.

amtliches Kennzeichen	Fahrzeugart	zulässiges Gesamtgewicht
amtliches Kennzeichen	Fahrzeugart	zulässiges Gesamtgewicht
amtliches Kennzeichen	Fahrzeugart	zulässiges Gesamtgewicht
amtliches Kennzeichen	Fahrzeugart	zulässiges Gesamtgewicht
amtliches Kennzeichen	Fahrzeugart	zulässiges Gesamtgewicht

4. Anzahl der benötigten Ausfertigungen/beglaubigten Kopien

Anzahl der beantragten Ausfertigungen/beglaubigten Kopien:

5. Bestätigung der Unterschrift

Hiermit wird bestätigt, dass die vorstehenden Angaben richtig sind:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Hinweise zum Datenschutz:

Die Verwaltungsbehörde ist nach § 15 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) in Verbindung mit Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Oktober 2009 zur Festlegung gemeinsamer Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers und zur Aufhebung der Richtlinie 96/26/EG des Rates verpflichtet, Angaben über Inhaber von Berechtigungen für den gewerblichen Güterkraftverkehr sowie über die Personen der geschäftsführungs- und vertretungsberechtigten Gesellschafter, der gesetzlichen Vertreter und des Verkehrsleiters in einem Unternehmen des Güterkraftverkehrs einschließlich Angaben über die Bescheinigung der fachlichen Eignung des Verkehrsleiters nach Maßgabe des § 2 Absatz 1 der Verkehrsunternehmensdatei-Durchführungsverordnung (VUDat-DV) in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1071/2009 an die Verkehrsunternehmensdatei beim Bundesamt für Güterverkehr zu übermitteln.

Es wird darauf hingewiesen, dass die in § 2 Abs. 3 VUDat-DV in Verbindung mit Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) 1071/2009 aufgeführten Informationen im öffentlich zugänglichen Bereich der Verkehrsunternehmensdatei gespeichert und für Jedermann über das Internet unter www.verkehrsunternehmensdatei.de einsehbar sind.

Die Verwaltungsbehörde ist im Falle der Untersagung der Führung von Güterkraftverkehrsgeschäften nach § 17 Absatz 5 Satz 2 GüKG verpflichtet, die Untersagung mit Identifizierungsdaten über die Person des Betroffenen an das Bundesamt für Güterverkehr als nationale Kontaktstelle nach Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 zu übermitteln.

Das Bundesamt für Güterverkehr ist als nationale Kontaktstelle nach Maßgabe des § 17 Absatz 5 Satz 1 GüKG verpflichtet, auf Anfrage Auskunft über Personen, denen eine deutsche Behörde die Führung von Güterkraftverkehrsgeschäften untersagt hat an nationale Kontaktstellen anderer Mitgliedstaaten zu erteilen, sofern dies für die Prüfung von Berufszugangsvoraussetzungen erforderlich ist.

Personenbezogene Daten, das sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse einer natürlichen Person, können gem. § 12 Abs. 1 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (DSG NRW) erhoben werden. Die Angaben werden aufgrund der Vorlage- und Auskunftspflicht gem. § 3 i.V.m. § 21a GüKG und § 9 Berufszugangsverordnung für den Güterkraftverkehr (GBZugV) erhoben. Sie dienen der Aufgabenerfüllung der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde. Das Erheben, Speichern, Verändern und Nutzen dieser Daten ist somit nach § 12 Abs. 1 und § 13 Abs. 1 DSG NRW zulässig. Die Daten dürfen grundsätzlich nur für Zwecke weiterverarbeitet werden, für die sie erhoben werden. Die Daten werden nur unter Beachtung der §§ 14 – 17 DSG NRW übermittelt. Entscheidungen über Erteilung, Einschränkung, Versagung oder Widerruf, Rücknahme von Genehmigungen dürfen den nach § 3 Abs. 5a GüKG angehörteten Stellen mitgeteilt werden.

Kennntnis genommen:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Als Anlage sind dem Antrag folgende Unterlagen beizufügen:

1. für den antragstellenden Unternehmer:

- Eigenkapitalbescheinigung ggf. mit Zusatzbescheinigung *
- Anlage zum Antrag
- polizeiliches Führungszeugnis **
(bei einer Gesellschaft für die vertretungsberechtigten Organe wie die Gesellschafter und die Geschäftsführer, bei einer Genossenschaft für den Vorstand, bei einer Erbengemeinschaft für die Miterben, bei einem Minderjährigen für die gesetzlichen Vertreter)
- Auskunft aus dem Gewerbezentralregister **
(bei einer Gesellschaft für die vertretungsberechtigten Organe wie die Gesellschafter und die Geschäftsführer, bei einer Genossenschaft für den Vorstand, bei einer Erbengemeinschaft für die Miterben, bei einem Minderjährigen für die gesetzlichen Vertreter; bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung für die Gesellschaft)
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes ***
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Trägers der Sozialversicherung ***
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft ***
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Gemeinde des Betriebssitzes (Steueramt) ***
- Nachweis der fachlichen Eignung gem. Anhang III der VO (EG) Nr. 1071/2009, falls der antragstellende Unternehmer die Güterkraftverkehrsgeschäfte selbst führt
- Auszug aus dem Handelsregister oder Genossenschaftsregister (beglaubigte Abschrift), falls eine entsprechende Eintragung besteht
- Vertrag über die Errichtung der Gesellschaft
- Geschäftsführervertrag
- Aufenthaltsgenehmigung / Arbeitserlaubnis bei Ausländern

2. für den/die Verkehrsleiter/in:

- polizeiliches Führungszeugnis **
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister **
- Nachweis der fachlichen Eignung gem. Anhang III der VO (EG) Nr. 1071/2009
- Nachweis eines ordnungsgemäßen Beschäftigungsverhältnisses
- Aufenthaltsgenehmigung / Arbeitserlaubnis bei Ausländern

* Der Stichtag der Eigenkapital- und Zusatzbescheinigung darf zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als ein Jahr zurückliegen. Zeitpunkt der Antragstellung ist der Zeitpunkt, zu dem der Genehmigungsbehörde sämtliche Antragsunterlagen einschließlich der erforderlichen Nachweise vorliegen.

** Polizeiliche Führungszeugnisse und Auskünfte aus dem Gewerbezentralregister sind zur Vorlage bei der Behörde zu beantragen. Sie dürfen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht älter als 3 Monate sein. Zeitpunkt der Antragstellung ist der Zeitpunkt, zu dem der Genehmigungsbehörde sämtliche Antragsunterlagen einschließlich der erforderlichen Nachweise vorliegen.

*** Die Stichtage der Unbedenklichkeitsbescheinigungen (§ 2 Abs. 4 GBZugV) dürfen zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht länger als 3 Monate zurückliegen. Zeitpunkt der Antragstellung ist der Zeitpunkt, zu dem der Genehmigungsbehörde sämtliche Antragsunterlagen einschließlich der erforderlichen Nachweise vorliegen.

**Anlage zum Antrag auf Erteilung einer Güterkraftverkehrsgenehmigung
vom**

Name, Vorname

a) Wurde in den letzten 2 Jahren rechtskräftig ein Bußgeld gegen Sie festgesetzt bzw. wurden Sie in einem Strafverfahren rechtskräftig verurteilt?

nein ja, nämlich:

b) Sind Vollstreckungsmaßnahmen in den letzten 5 Jahren eingeleitet worden?

nein ja, warum?

c) Haben Sie in den letzten 2 Jahren eine eidesstattliche Versicherung über Ihr Vermögen geleistet oder wurde gegen Sie Haftbefehl zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung erlassen?

nein ja, wann und durch welches Gericht?

Mir ist bekannt, dass das Erfassen, Speichern und Verändern der nach diesem Antrag erhobenen personenbezogenen Einzelangaben zulässig ist. Dies dient zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit des Oberbürgermeisters- Straßenverkehrsbehörde - liegenden Aufgaben.

(Ort, Datum)

(Unterschrift)

**Eigenkapitalbescheinigung zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit
im gewerblichen Güterkraftverkehr**

Das Unternehmen

verfügt am **Stichtag** _____

über folgendes Eigenkapital:

- I. Kapital _____
 - II. Kapitalrücklage _____
 - III. Gewinnrücklagen:
 - 1. gesetzliche Rücklage _____
 - 2. satzungsgemäße Rücklagen _____
 - 3. andere Gewinnrücklagen _____
 - IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag _____
 - V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag _____
- Eigenkapital** _____

Auf Grund der vorgelegten Unterlagen wird hiermit das ausgewiesene Eigenkapital bestätigt. Von der Ordnungsmäßigkeit der Unterlagen habe ich mich / haben wir uns überzeugt.

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in
Steuersachen genannte Person oder Gesellschaft (§ 3 StBerG) oder des Kreditinstituts)

**Zusatzbescheinigung zum Nachweis der finanziellen Leistungsfähigkeit
im gewerblichen Güterkraftverkehr**

für das Unternehmen

Dem Eigenkapital, das nach Art. 7 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 anhand von geprüften Jahresabschlüssen nachzuweisen ist, können folgende Beträge hinzugerechnet werden:

1. Nicht realisierte Reserven im

a) unbeweglichen Anlagevermögen _____

b) beweglichen Anlagevermögen _____

Summe _____

2. Darlehen/Bürgschaften mit Eigenkapitalfunktion

a) _____ (Person) _____

b) _____ (Person) _____

c) _____ (Person) _____

Summe _____

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen genannte Person oder Gesellschaft (§ 3 StBerG) oder des Kreditinstituts)

3. Unbelastetes Privatvermögen des persönlich haftenden Unternehmers

a) Grundstücke (Verkehrswert)

Verkehrswert

_____ (Person)

_____ (Person)

_____ (Person)

b) Bankguthaben

_____ (Person)

_____ (Person)

_____ (Person)

c) Forderungen (nicht Gesellschafterdarlehen)

_____ (Person)

_____ (Person)

_____ (Person)

d) Sonstige Vermögensgegenstände (bitte bezeichnen)

Summe

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in
Steuersachen genannte Person oder Gesellschaft (§ 3 StBerG) oder des Kreditinstituts)

4. Zu Gunsten des Unternehmens beliehene Gegenstände des Privatvermögens der Gesellschafter:

	Höhe der Beleihung
a) Grundstücke	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
b) Sicherungsübereignungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
c) Sicherungsabtretungen	
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
_____ (Person)	_____
	Summe

	Gesamtsumme aus 1. bis 4.:

Die oben aufgeführten Beträge wurden dem Unterzeichner sowohl dem Grunde nach als auch in der Höhe

nachgewiesen.

plausibel gemacht. **Stichtag** ist der _____

(Ort, Datum)

(Stempel und Unterschrift einer zur unbeschränkten geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen genannte Person oder Gesellschaft (§ 3 StBerG) oder des Kreditinstituts)